



Mit den Finanzen der Stadt Ahlen hat sich der IWC beschäftigt. Das Bild zeigt den Referenten Klaus Muermans (6. von rechts) sowie Jürgen Henke (Vorsitzender Ahlener Industrie- und Wirtschaftsclub, 3. von rechts) im Kreis der Mitglieder.

Industrieclub kritisiert Steuererhöhungen

Ahlen (at). In der Mitgliederversammlung des Ahlener Industrie- und Wirtschaftsclubs hat Klaus Muermans, Kämmerer der Stadt Ahlen, über die aktuelle Haushaltssituation und künftige Projekte der Stadt informiert.

Trotz guter Konjunktur und brummender Wirtschaft warnte Ahlens scheidender „Finanzminister“ vor Übermut. „Seit 24 Jahren predige ich immer wieder, dass nicht alles Wünschenswerte finanzierbar ist. Die finanzielle Situation der Stadt ist außerordentlich prekär.“ Neben den Rückgängen der Erträge, insbesondere bedingt durch die gerade überwundene Konjunkturkrise, würde sich die finanzielle Not der

Stadt Ahlen und der Kommunen insgesamt vor allem durch die demografische Entwicklung und ständig wachsende Sozialaufwendungen erhöhen. In diesem Zusammenhang sprach Klaus Muermans auch die steigende Kreisumlage an, die gemeindefreundlicher und damit weniger belastend ausfallen könnte.

Er nannte einige zukünftige Belastungen, wie die notwendige Sanierung beziehungsweise den notwendigen Neubau des städtischen Baubetriebshofes, die mögliche Landesgartenschau 2017, den Neubau oder die Sanierung des Rathauses sowie den Neubau des Hallenbades, die in der Ergebnisplanung des städtischen

Haushaltes überwiegend noch nicht berücksichtigt seien. „Für diese Projekte sind erhebliche zusätzliche Kosten zu stemmen. Ich wage zu bezweifeln, ob wir uns das alles zusammen wirklich leisten können. Dabei habe ich als Kämmerer natürlich zunächst einmal die finanziellen Aspekte im Blick.“

Kritik der IWC-Mitglieder wurde an der geplanten Erhöhung der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer geäußert, da es dafür es keine zusätzlichen Gegenleistungen gebe. Die Stadt würde dadurch nicht attraktiver, Neuansiedlungen würden verhindert. Dem entgegnete der Kämmerer, dass fast alle Ge-

meinden 2011 aufgrund ihrer finanziellen Lage Steuererhöhungen vornehmen müssten. Viele auch in der Nachbarschaft liegende Kommunen würden notgedrungen sogar noch deutlich höhere Anhebungen planen.

Den Vorschlag, die Öffentlichkeit noch umfassender über den Haushalt zu unterrichten, bewertete er eher ablehnend, weil nach seiner Auffassung bereits heute umfassende Informationsmöglichkeiten bestehen. Die breite Öffentlichkeit habe nach seiner Erfahrung an der finanziellen Gesamtsituation der Stadt nur wenig Interesse.

